

Solidarität

Organ des Verbandes der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle vierzehn Tage Sonntags. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreizehntägige Zeitzeile 20 Pfennige; Anzeigen, den Arbeitsmarkt betreffend, 10 Pfennige. — Sämtliche Postanfragen nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter Nr. 6893 im Post-Zeitungsregister.

Mittheilungen des Verbands- Vorstandes.

Die nach § 23 des Verbandsstatuts vorgesehene Ergänzungswahl zum Verbandsvorstand ist nunmehr erfolgt und hat sich der Vorstand wie folgt konstituiert:

1. Vorsitzender Karl Wittig, Lantiger Platz 12, bei Stephan.
2. Vorsitzende Paula Thiede, Seydelstr. 30 pt.
1. Kassierer Heinrich Lodaht, Adalbertstr. 94.
2. Kassierer Franz Mohr, Zwinglstr. 21.
- Schriftführer: Paul Land, Rixdorf, Jägerstr. 43.
- Beisitzerinnen: Kollegiumen Kannengießer und Hempel.
- Revisoren: Paul Lärm, Marie Lange und Emma Wuetzhilfer.

Der Verbandsvorstand.

Die Tariftgemeinschaft und die Tariforganisation der deutschen Buchdrucker.

(Schluß.)

Wir ersehen hieraus, wie von Jahr zu Jahr Fortschritte nicht allein in der Anzahl der Orte und der tarifanerkennenden Firmen, sondern, was von höchster wirtschaftlicher Bedeutung für die Buchdrucker war, das rapide Anwachsen der nach dem Tarif entlohnten Gehülfen. Die Zahl der Gehülfen würde noch größer sein, wenn nicht viele Prinzipale die Angabe der bei ihnen beschäftigten Gehülfen unterlassen würden. Nach Angabe des Berichtes beträgt diese Zahl mindestens 2000. Mit hin würden also nur 36 000 Gehülfen tarifmäßig beschäftigt werden. Diese Zahlen werden auch bestätigt durch die statistischen Erhebungen, die innerhalb fünf Jahren durch das Tarifamt vier Mal vorgenommen worden sind. Interessant ist nach diesen Erhebungen die Thatsache, daß im Jahre 1897 von 26 020 Gehülfen 19 246 tarifmäßig, und nicht tarifmäßig und 2 865 nicht tarifmäßig beschäftigt wurden. Bei einem starken Wachstum der tarifmäßig beschäftigten Gehülfen erblickt man ein rapides Zurückgehen der untarifmäßig beschäftigten Gehülfen. Deutlicher und schlagender kann der Erfolg der Tariftgemeinschaft der deutschen Buchdrucker nicht erbracht werden, als durch diese Thatsachen.

Auch die Beschränkung der Lehrlinge ist während dieser Zeit unmittelbar vor sich gegangen. Im Jahre 1897 waren nach der Statistik bei 26 020 Gehülfen 9 244 Lehrlinge = 36%, im Jahre 1901 bei 36 882 Gehülfen 10 171 Lehrling = 28%. Trotz der Erhöhung der Gehülfezahl um 12 600 10% weniger Lehrlinge.

Die Innehaltung des Tarifs durch die Prinzipalität wird ebenfalls durch den Bericht bewiesen. So wurden von den 3372 anerkennenden

Firmen im Ganzen 152 wegen Nichtinnehaltung des Tarifs gestrichen, von denen bereits 20 um ihre Wiederaufnahme erücht haben.

Der Einfluß der Schiedsgerichte, deren Zahl in ganz Deutschland zur Zeit 21 beträgt, ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung gewesen. Die Parteien haben sich, mit wenigen Ausnahmen, dem Urtheile stets unterworfen, und nur ganz vereinzelte Fälle von Maßregelungen seitens der Prinzipalität sind vorgekommen. In derartigen Fällen wurden die Firmen als tariflos gestrichen, wenn nicht eine Befristung oder Zurücknahme der Maßregelung herbeigeführt werden konnte.

Der Bericht bringt ferner eine Arbeitslosenstatistik der den Tarif bedingungslos unterstellten Arbeitsnachweise, deren Zahl 28 beträgt. Die Verpflichtung, die diese Arbeitsnachweise haben, besteht darin, daß sie nur tariflose Gehülfen in tariflosen Druckereien unterbringen und auf Anweisung des Tarifamtes in erster Linie den durch ihr Eintreten für tarifmäßige Bezahlung konditionellos gewordenen Gehülfen Arbeit nachweisen. Solche Fälle sind in den letzten vier Jahren 780 vorgekommen, und zwar im Jahre 1897/98: 240, 1898/99: 255, 1899/1900: 196, 1900/1901: 32. Auch aus diesen Ziffern ist ersichtlich, je mehr sich der Tarif eingebürgert hat, je geringer wurden die Kämpfe um Einführung des Tarifs und immer weniger die Maßregelungen. Der Bericht bemerkt noch, daß auch diejenigen Arbeitsnachweise, deren Zahl 34 beträgt und sich nicht dem Tarifamt bedingungslos unterstellt haben, ebenfalls der Pflicht, Bemühen zu unterbringen, in anerkannter Weise nachgekommen sind. Auf den Rapport der 28 Arbeitsnachweise können wir hier verzichten, denn, solange nicht von sämtlichen 62 Arbeitsnachweisen eine genaue Statistik geübt wird, ist die Wiedergabe einzelner verfehlt. Aus dem Bericht kann höchstens das Eine interessieren, daß auch das Vorhandensein einer zunehmenden Arbeitslosigkeit durch diese 28 Arbeitsnachweise konstatirt wird. So ergab im Jahre 1897 bei diesen Arbeitsnachweisen die Wochendurchschnittsziffer 491 arbeitslose Setzer und 121 Drucker und in diesem Jahre bei 28 Arbeitsnachweisen 576 arbeitslose Setzer und 134 Drucker. Hier wird sich bei der ferneren Gestaltung des Tarifs als notwendig erweisen, die Umgestaltung sämtlicher Arbeitsnachweise in Tarifarbeitsnachweise mit neun Zentralstellen analog den neun Tariffreien. Der jetzige Zustand ist des Tarifvertrags nicht würdig.

Behufs Regelung des Lehrlingswesens, sagt der Bericht, ist unter Zustimmung der Gewerbeordnung ein recht umfangreicher Verkehr mit den Behörden eingetreten, bei dem auch Erfolge nicht ausgeblieben sind. Namentlich ist es gelungen, durch den Erlaß des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe, sowie Verfügungen anderer Behörden, eine kaum glaubliche Lehrlingszucht zu befeitigen. Der Bericht weist auch noch darauf hin, daß die Vergütung von Druckerarbeiten nur an tariflose Firmen seitens der Behörden Beachtung findet.

Betreffs des Segmaschinentarifs ersehen wir, daß es zwar gelungen ist, denselben zu tarifiren, daß aber dessen Einführung noch sehr viel zu wünschen übrig läßt. Gegen die Gehülfen wird der Vorwurf erhoben, daß sie sich wenig um die Einführung bemühen, da es dem Tarifamt noch an Nachdruck fehlt, weil es sich bei diesem Tarife nicht um ein Lohngesetz im Sinne des allgemeinen Tarifs handelt. Die Befeitigung dieses Uebelstandes wird ausgeglichen werden durch Einverleibung des Segmaschinentarifs in den Haupttarif.

Auch bei den Bemühungen anderer Verbände, betr. Lohnvereinbarungen mit dem Unternehmertum, ist das Tarifamt in Thätigkeit getreten. So gelang es seinen Bemühungen, die abgebrochenen Verhandlungen bei den österreichischen Buchdruckern wieder aufzunehmen und dadurch einen Lohnkampf zu vermeiden. Auch im deutschen Buchbindergewerbe trat das Tarifamt als Vermittler auf, und auch hier gelang es ihm, eine Befristung der Parteien herbeizuführen und einen Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen.

Daß das Tarifamt es verstanden hat, mit den Jahren das größte Vertrauen bei den Parteien zu erwirken, geht aus dem umfangreichen Verkehr hervor, den es innerhalb von fünf Jahren erreichte. Es wurde in dieser Zeit von den Prinzipalen in 5601 Fällen, von den Gehülfen in 13 500 Fällen angerufen. Bei dieser Korrespondenz handelte es sich in den meisten Fällen um Anerkennung oder Nichtanerkennung des Tarifs, vielfach auch um Nichtinnehaltung desselben.

Vieles ließe sich noch aus dem umfangreichen Bericht des Tarifamtes anführen, namentlich mit welcher persönlichen Aufopferung und strenger Objektivität die verschiedensten Angelegenheiten ihre Erledigung fanden. Der Leser wird aber auch aus dem schon Angeführten sich einen Begriff machen können von der außerordentlichen Thätigkeit des Tarifamtes auf allen Gebieten des Tarifs.

Frägt man sich, welche Summen das Tarifamt wohl verbraucht hat, um die Ein- und Durchführung des Tarifs in dieser umfangreichen Weise zu erwirken, so ist es kaum glaublich, daß sich die sämtlichen Kosten auf ganze 31 000 Mk. belaufen haben, die von beiden Theilen, Prinzipalen und Gehülfen, zu gleichen Theilen aufgebracht worden sind. Der Bericht bemerkt hierzu: „Vergleicht man mit dieser Summe die hohen Verluste, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer im deutschen Buchdruckergewerbe durch frühere Lohnkämpfe erlitten haben, so macht sich der Segen unserer Tariftgemeinschaft mit einer Deutlichkeit wahrnehmbar, wie dies mit anderen Hinweisen kaum zu erzielen ist. Eine derartige Regelung des Arbeitsverhältnisses gereicht aber nicht nur den Buchdruckerprinzipalen und Gehülfen zum Nutzen, sondern wir meinen, daß damit auch dem Gemeinwesen der deutschen Arbeit und dem sozialen Frieden ein Dienst erwiesen ist.“

Diesen Anschauungen wird sich jeder sachlich Präsenze nur anschließen können. Behauptet hat das Tarifamt noch niemals, daß es unfehlbar oder

dessen Einrichtungen nicht verbesserungsfähig wären, ebenso ist es ihm nie eingefallen zu erklären, daß die sozialen Gegenstände durch die Tarifgemeinschaft befähigt werden, es hat nur stets das getan, was es im Interesse des Gewerbes für notwendig zu thun erachtete. Mit dem Blick auf das Gan e gerichtet, wird es auch bei der Neugestaltung des Tarifs dem Tarifamt gelingen, für fernere Zeiten fördernd und bessernd für die Interessen des Einzelnen wie der Gesamtheit im deutschen Buchdruckgewerbe einzutreten. Sich zur Ehr', dem Gewerbe zur Wehr!

Der moderne Wohnungswucher.

Die Wohnungsfrage ist ein integrierender Bestandteil der sozialen Frage überhaupt. Der moderne Kapitalismus, der seine Fesseln sprengt und in ungeheurer Begierde aus allen Theilen des wirtschaftlichen Organismus neue Kräfte zu seiner Fortentwicklung saugt, mußte naturgemäß auch auf dem Gebiet des Wohnungswesens jene Erscheinungen zeitigen, die heute immer wieder sowohl vom hygienischen als auch von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten den Gegenstand tiefgehender Erörterung bilden. Und daß in der That das Thema von Bedeutung ist, weiß gerade der Arbeiter am besten. Er ist der, der auch hier in letzter Linie die Fische zählt und am härtesten den Druck empfindet, den das kapitalistische Wucherthum vermöge seiner eingeräumten Besitzrechte auf Grund und Boden ausübt. Die Preissteigerung, die heute von den privaten Grundeigentümern in den Großstädten, ebenso aber auch in den kleineren Städten, die eine fortschreitende industrielle Entwicklung aufweisen, mit Vorliebe in Szene gesetzt werden, haben ja gerade den Armen gezeigt, daß sich der kleine und große Wohnungswucher in jeder Stadt wie ein schwarzes Insekt herandrängt, um von dem verdienten Arbeitslohn seinen beträchtlichen Antheil zu verlangen. Freilich, auch von ihm gilt, wenn die gemachte Bezeichnung zutrifft, das, was Beatrice Webb von dem englischen Zwischenmeister sagt, daß er „am besten einer Wabe gleicht, die sich im Fleische einfindet, das sich bereits in vorgeschrittenen Zerlegungsprozess befindet.“ Die große moderne Gesellschaft mit einer dünnen Schicht gleichenden Firnis überzogen, ist innerlich faul, morsch und mürbe und in ihren zerlegenden Organismen wuchern die lehrträftigen Pilze, die jene Früchte treiben, die überall zu erster Reformthätigkeit mahnen.

Was freilich die moderne Wohnungsmisere anbelangt, so ist vielleicht auf keinem Gebiet von kommunalen und staatlichen Behörden so viel durch träge Unthätigkeit und stagnierende Gleichgültigkeit gesündigt worden, wie gerade auf diesem. In Deutschland hat man beispielsweise durch die 1892 in Hamburg aufgetretene Choleraepidemie ein geradezu abschreckendes Bild über das moderne Wohnungselend ausgestellt erhalten und die Opfer, die der epidemische Würgengel ungeschätzt dahintrastete, bildeten einen nicht mißzuverstehenden Mahnruf an alle öffentlichen Gewalten, endlich einmal mit einer tief einschneidenden Reformthätigkeit zu beginnen. Was ist aber auf Grund dieser traurigen Erfahrungen geschehen? Am 8. Mai 1897, also fünf Jahre nach den traurigen Jahren, schrieb der „Hamb. Cour.“: „Bis jetzt ist unser Wunsch unerfüllt geblieben. Was bis jetzt in Hamburg unternommen, beziehungsweise versucht wurde, ist die Wohnungsreform; dies verdient diese Bezeichnung nicht, und ist weit entfernt, auch nur den minimalsten Anforderungen einer wirklichen Reform zu entsprechen.“

Von den Thatfachen abgesehen, daß nun das heutige Wohnungselend einfach eine soziale Gefahr für die Gesellschaft überhaupt bildet, ist es auch für jeden einzelnen Arbeiter von schwerwiegender Bedeutung in hygienischer und sittlicher Beziehung. Die Gesundheitslehre fordert, daß auf ein heizbares Zimmer nicht mehr als zwei Bewohner kommen und bezeichnet Zimmer mit mehr als zwei Personen als überfüllt. Was sagt uns nun die Wohnungsstatistik über die deutschen Großstädte? In dem Jahre 1880 hatte Hamburg in 47370 überfüllten Wohnungen 246082 Bewohner; Berlin in 159369 überfüllten Wohnungen 790425 Bewohner; Breslau in 62941 überfüllten Wohnungen 198496 Bewohner; Dresden in 83908 überfüllten Wohnungen 144023 Bewohner. In Berlin waren 1888 51 Prozent der vorhandenen Wohnungen überfüllt und

in diesen wohnten über 800000 Menschen (Wurm: Volkstheorien). Daß die Verhältnisse auch in den Provinzen nicht viel gesünder sind, geht deutlich aus einer drastischen Aeußerung des Grafen v. Gröben hervor, der erklärt, „daß wohlhabende Gutsbesitzer zur Erbauung von Schweinehöfen mehr Geld verwenden, als zur Errichtung von Arbeiterwohnungen.“ Daß die Zustände sich auch in den letzten Jahren nicht gebessert haben, bedarf mit Rücksicht auf die bekannte Lahnheit unserer Sozialreform nicht erst eines ziffernmäßigen Nachweises, der übrigens erst auch mit Nachdruck erbracht wird, wo die statistischen Erhebungen von den Arbeitern selbst die nöthige Unterstützung finden. Welches Bild bieten nun in der Regel solche Arbeiterwohnungen? Entweder hoch oben „im letzten Stockwerk einer Mieths-laserner“, wo der Wind durch die Lüden pfeift, oder tief unten im feuchten schmutzigen Souterrain hat der Hauseigentümer gnädigst gerührt, irgend einem armen Teufel ein Plätzchen anzuweisen, wo er mit den Seinen haust, wenn er das schwere Tagewerk in der Fabrik und Werkstätte beendet hat. In dem kleinsten Räume ist nun eine zumeist zahlreiche Familie untergebracht. Luft und Licht sind fremde Dinge in solchen Höhlen. Wo aber Luft und Licht nicht hinkommen, dort kommt der Arzt hin, — das alte Sprichwort kommt hier sehr bald zu Ehren: Kopfschmerz und Strophulose, von denen so häufig gerade die Kinder von Proletariern befallen werden, sind nicht allein die Folgen schlechter und unvollkommener Ernährung, die ungelungenen sanitären Verhältnisse, die die übergroße Mehrtheit der Proletariatswohnungen aufweisen, bilden dafür einen Haupterklärungsgrund. Dazu kommt, daß in einem einzigen Räume, der die Wohnung darstellt, die Familie tocht und zuweilen, wie dies in der Haus-industrie üblich ist, — auch arbeitet. Tritt nun in einer solchen Familie ein Krankheitsfall ein, der ärztliche Behandlung erfordert, dann scheitert selbst die Kunst der medizinischen Wissenschaft an der Durchführung bestimmter ärztlicher Anordnungen. Die Arzneimittel allein müßten Wunder wirken, wenn unter dergleichen Verhältnissen ärztliches Können von Erfolg gekrönt sein sollte.

Aber auch die sittliche Seite der Frage ist nicht ohne Bedeutung. Hat das Zusammenpressen vieler Menschen ohne Unterschied des Alters und Geschlechts in einem einzigen Wohnraum die schwersten Bedenken für die heranwachsende Jugend, so ist die Sache aber auch für die Arbeiterklasse als Klasse nicht ganz einwandfrei. Das moderne Wohnungselend wirkt nämlich abtumpfend auf den Geist und degenerierend auf den Charakter. Wer von Jugend auf an unzulängliche, schmutzige und unfreundliche Wohnungen gewöhnt ist, dem kommt auch ganz natürlich das Gefühl für höhere kulturelle Bedürfnisse abhanden und das ganze Verlangen wendet sich an irgend eine niedrige Leidenschaft, die, zur Gewohnheit werdend, Alles erzeugt, worauf sonst unter normalen Verhältnissen ein kulturelles Anspruchs erhebt. Der Arbeiter, dem die anständige menschliche Wohnung mangelt, schafft sich ein warmes Heim im Wirthshaus oder, was noch viel schlimmer, in der Branntweinkeule, wo der tägliche Fusel des Alkohols zum Stimulus wird und ihn über die Leiden und Mühsalen des Lebens hinwegjagt. Zutreffend sagt das schon Fr. Engels über die unter der wischen Einwanderung leidenden Arbeiter Englands: „Der Arbeiter kommt müde und erschlaft heim; er findet eine Wohnung ohne alle Bohnlichkeit, feucht, unfreundlich und schmutzig; er bedarf dringend einer Aufbebung, er muß etwas haben, daß ihm die Arbeit der Mühe werth, die Aussicht auf den nächsten laueren Tag erträglich macht... es ist die physische und moralische Nothwendigkeit vorhanden, daß unter diesen Umständen eine sehr große Menge von Arbeitern dem Trunke verfallen muß.“

Von solchen Gesichtspunkten haben wir nun auch vom organisatorischen Standpunkt ein ganz gewaltiges Interesse an der Reform der Wohnungsfrage und es muß gerade von jedem Gewerkschaftler, dem an der Heranbildung denkender und intelligenter Arbeiter gelegen ist, freudig begrüßt werden, daß sich die Vertreter der Arbeiterklasse in den einzelnen Gemeinden mit steigendem Interesse um die Beschaffung billiger und anständiger Wohnungen kümmern. Man lasse doch erst einmal die Zahl derjenigen, denen eine anheimelnde Behausung fremd ist und die von einer nur halbwegs bequamen

Wohnung nichts wissen, heimlich werden in einem netten, dem eigenen Gebrauch zugewiesenen Räume und führe sie so aus den Pesthöhlen, die der moderne Wohnungswucher etabliert hat, in gesunde, dem Lichte und der Reinlichkeit zugängliche Häuser und die Folgen davon werden wahrlich auch in sittlicher und intellektueller Beziehung nur gute sein. Der Arbeiter, der an ein Heim gewöhnt ist, in dem er, wenn schon nicht das Glück — das der Kapitalismus vertrieben hat — so doch einige Bequemlichkeit in seinen freien Stunden genießt, wird seine Zeit viel eher mit sozialpolitischen Studien und Lesen guter Zeitschriften ausfüllen, statt in der wüsten Schente geistig zu verkommen. Und die moderne Bewegung der Arbeiter braucht eine sähige und geistig regsame Schaar von Externen, die lernen, sich mit der Verbesserung ihrer Klassenlage zu beschäftigen und die, von den hohen Idealen der Zukunft erfüllt, Hand anlegen zur Vollendung eines großen Werkes.

Fr. L.

An die der Organisation noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen von Mannheim-Ludwigshafen.

Schon oft ist an Euch der Ruf ergangen: „Maacht Euch mit uns um die Fühne der Organisation, versucht mit vereinter Kraft das zu verlangen und zu erkämpfen, was dem Einzelnen unumgänglich ist!“ Doch war dieser Ruf bisher immer von wenig Erfolg begleitet. Unser Streben ist auf die Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichtet. Daher gilt es für uns, der Macht des stets wachsenden Kapitals, die Macht der Organisation gegenüberzustellen. Die Zeiten sind schwerer denn je. Der wirtschaftliche Aufschwung, der den Unternehmern Gewinn in reichlicher Maße gebracht, ist vorüber. Was hat uns dieser Aufschwung gebracht?

Unser Antheil besteht in Bezahung der theuren Lebensmittel, Steuern zc. und einer verächtlichen Ausbeutung. Eine allgemeine Lohnaufbesserung haben wir nicht erhalten. Die Unternehmerrasse fragt nicht, wieviel Lohn bedürft ihr zu eurer Erhaltung, zur Erfüllung eurer staatlichen und gesellschaftlichen Verpflichtungen?! Nein, sie rechnet nur mit der Höhe des Profits. Je besser die Organisation ist, um so weniger sind die Unternehmer in der Lage, ihre Wünsche erfüllt zu sehen, oder um so leichter haben wir es, uns gegen Lohnverschlechterungen zu wehren. Darum erwacht aus Eurer Gleichgültigkeit und Stumpfheit und tretet der Organisation bei. Trennt deshalb den dem beiliegenden Flugblatt anhängenden Aufnahmchein ab und sendet ihn unterschrieben ein, an die

Zahlstelle Mannheim.

Correspondenzen.

Berlin. Am 24. Juli fand hier selbst eine Generalversammlung der Zahlstelle I statt, welche leider nur schwach besucht war. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls stellte Kollegin Klar vor Eintritt in die Tagesordnung den Antrag, die Generalversammlung des nächsten Besuchs wegen zu vertagen. Kollegin Thiede führt gegen den Antrag aus, daß unsere Generalversammlungen leider immer an schwachem Besuch Franken und seien mit noch weniger Mitgliedern weit wichtigere Beschlüsse gefaßt worden als gegenwärtig auf der Tagesordnung stehen. Die Abstimmung ergiebt die Ablehnung des Antrages. Hiernach theilt Kollegin Heydemann unter Mittheilungen mit, daß die bewußte kombinierte Sitzung mit dem Zentralvorstand und den beiderseitigen Vorständen leider noch nicht stattgefunden habe. Deshalb sei auch die Verichtigung unserer Liste eingeleitet, welche jedoch erst in nächster Nummer der Zeitung erscheinen wird. Des weiteren sollen Kolleginnen, welche auf unbestimmte Zeit ausziehen, sich sofort der Kontrolle des Arbeitsnachweises unterziehen und Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erheben. Ebenso sollen arbeitslose Kolleginnen, welche zu den Versammlungen erscheinen, vor wie nach 50 Pf. Zehrgeld erhalten. Leider ist dieser Beschluß von der Verwaltung lange nicht mehr ausgeübt worden. Ferner sollen zum Zweck einer gründlichen Revision sämtliche Mitgliedsbücher eingezogen werden und möchten dieses die Vertrauenspersonen den Kolleginnen ausin角度setzen. Des weiteren macht die Vorsitzende noch bekannt, daß der Arbeitsnachweis vom 1. Oktober ab nach dem Lokal von Thiede verlegt wird. Die Bedingungen sind dieselben wie bei Wörschel. Sodann erlaßte die Vorsitzende den Bericht der letzten Gewerkschaftskommission. Sitzung. Aus demselben ist hervorzuheben, daß die Gewerkschaftskommission in nächster Zeit einen Aufgabenplan

